

für sich oder seine Familienmitglieder berechnet, in Anlaß zu bringen. Er behauptet, daß der Bundesrat den 23. (alten) Vertragstext nur vorgeschlagen habe in der sicheren Erwartung, daß ihm der Reichstag diesen Paragraphen einfach streichen und auf den gemeinen Wert zurückgreifen werde. Nun sei der Reichstag gar noch über den Vorschlag des Bundesrats zugunsten der Agrarier hinausgegangen. Es sei dies das unerhörteste, was von agrarischer Seite bisher geleistet wurde.

Herr Gotthelb schlägt die Hände über dem Kopf zusammen und ruft:

Und so etwas machen Nationalliberale mit. Sie machen dieses Geleg mit Zustimmung und Konventionen, obgleich sie es mit einer Weibheit der Lippen in getordeter Form machen können.

Zeit der Reichstag diesem Vordruck der Subkommission bei, so würde er damit noch unter das Niveau des preussischen Dreiklassenparlamentes sinken.

Als jetzt nicht so aus, als ob die nationalliberale Reaktion die Mitglieder, die sie in die Kommission entsandt hat, desavouieren würde. Sie legt eben trotz der Versicherung ihres Stiefvaters auf der Linken allen Wert auf die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zum Agrarierstum.

Alleersthöchst Sein Landtag.

Der preussische Landtag ist am Donnerstag vormittag 11 Uhr eröffnet worden und bis mittags 2 1/2 Uhr hatte er bereits dreimal ein dreifaches Hoch auf Seine Majestät den König ausgedrückt. Das erste ließ der Gesamtlandtag nach dem vom Ministerpräsidenten berlesenen Ehrenrede erschallen, und dann gaben noch einmal das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus jedes für sich ihrem Gebühre der Ehrfurcht und der Dankbarkeit dem „alten schönen Lande entsprechend“ Ausdruck.

Es sieht ja überhaupt so aus, als ob der Landtag nur um des Königs von Preußen willen da sei; eine Staffage, die besonders bei feierlichen Anlässen, wie es das Regierungs-Jubiläum ist, ganz gut verwertet werden kann. Wie in der Zeit des Absolutismus die Stände eigentlich nur noch in der Form der Volksvertretung zusammenberufen, um zu ihrem Teile die Feier des 25-jährigen Regierungs-Jubiläums Wilhelm II. zu feiern zu helfen. Die Abgeordneten bilden Epalier und erneuern, wie das bei solchen Anlässen üblich ist, zum so und so vielen Male das Gelübnis unerschütterlicher Treue.

Vor einigen Wochen lautete das Gerücht auf, bei der Eröffnung der Jubiläumstagung des preussischen Landtages solle, um dem Volke einen besonderen Gnadenbeweis zu geben, die Wahlreform wieder einmal angefündigt werden. Die Behauptung wurde bald dementiert, und in der Tat sagt die Ehrenrede von der vor fünf Jahren wichtigsten Frage der inneren Politik kein Wort mehr. Sie weist nur von der erblühten Regierungstätigkeit Wilhelm II. zu berichten. Und der Landtag steht voller Demut, seine Vorführer echauffen, daß „Aberhöchste Seine Majestät die Regierung“ eine liberalen geartete gewesen sei, und alles Mögliche in Jubiläumsworte. Abgesehen von den zehn Sozialdemokraten kommt keinem Menschen der Gedanke, daß es eine unwürdige Rolle ist, die man hier die als Vertretung des preussischen Volkes tinierende Körperschaft spielen läßt.

Die Konkurrenzklauel.

Die Reichstagskommission, die sich mit dem Gesetzesentwurf über die Konkurrenzklauel zu beschäftigen hat, trat am Donnerstag wieder zusammen, um die zweite Lesung der Kommissionsberichte aufzunehmen. Von den Berichten der ersten Lesung erklärt die Regierung für unannehmbar vor allem: 1. das Verbot der Konkurrenzklauel für Geheime mit einem Gehalt bis 8000 M.; 2. die Entschädigungsleistung durch den Prinzipal in Höhe des vollen Gehalts unter zeitlicher Umrechnung des anderweitig erworbenen; 3. die einjährige Geltungsdauer der Konkurrenzklauel; 4. die Zahlung der Entschädigung auch für die Gehilfen mit mehr als 8000 M. Jahresgehalt und für die außerhalb Europas Beschäftigten; 5. die Richtigkeit der „geheimen Konkurrenzklauel“ unter Fassung der Prinzipale für den dem Geheimen daraus erwachsenden Schaden.

Die Regierung legte neue Richtlinien vor, die in manchen Einzelheiten für die Zustimmung des Bundesrats folgende ändernde Grenze sehen: 1. Verbot jeglicher Konkurrenzklauel bei Gehältern nur bis 1000 M.; 2. Entschädigung in Höhe von 33 1/2 Proz. des Gehalts; für die Rückzahlung kommt nur in Betracht, was der Gehalt mehr beträgt, als die Summe beträgt aus früherem Gehalt plus 10 Proz.; muß der Gehalt den Fortschritt heischen, dann sollen die nicht anrechnungsfähigen 10 Proz. auf 25 Proz. erhoben; 3. zweijährige Geltungsdauer der Konkurrenzklauel; 4. aus der verschiedenen geheimen Konkurrenzklauel soll man gefügt werden können.

Wirtschaftspolitische Einigungsbewegungen in Deutschland vor 100 Jahren.

(Zum Jubiläum des Jahrzehnts des Freiheitskrieges.)

Durch ein Gesetz vom 11. Juni 1816 wurden in Preußen alle Wasser-, Auen- und Provinzialzölle beseitigt. Damit war für die Vereinheitlichung des preussischen Wirtschaftsgebietes ein Akt von prinzipieller Wichtigkeit geschehen. Nun handelte es sich noch um eine Regelung der wirtschaftspolitischen Beziehungen Preußens zu den übrigen Bundesländern und zum außerdeutschen Ausland. 1816 wurde noch das alte, aus der Zeit des seldenzianischen Merkantilismus stammende Verbot der Selbstaufuhr beseitigt. (Nebenbei: Man hatte in seldenzianischer Zeit geglaubt, ein Land damit reich zu machen, daß man verbot, deren Getreid im Ausland auszuführen. Das Sydel, das eine kurzfristige Veredelung gehabt hatte — und zwar für besondere, hier nicht zu erörternde geschichtliche Verhältnisse —, stammte ursprünglich von dem französischen Minister Colbert, dem Handelsminister Ludwigs des Vierzehnten.) Die Beseitigung des Verbots der Selbstaufuhr wurde durch eine andere Verordnung ergänzt: ein Gesetz vom 1. August 1816 sprach das „Prinzip der freien Einfuhr für alle Zukunft“ aus. Freilich wurde die prinzipielle Freiheit der Einfuhr dann nicht zur Wirklichkeit. Das erkennt man an dem preussischen Zollgesetz vom 26. Mai 1818 — das uns in der Hauptsache jedoch beizwählig interessiert, weil es eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Voraussetzungen der deutschen Reichsvereinigung geworden ist.

Das preussische Zollgesetz von 1818, dessen Urheber der intelligente Karl Georg Rasch — charakteristisch Weise ein Mann aus dem bürgerlich vorgefertigten Westen, aus Güttele — gewesen ist, ist in der Bedeutung, die es für die anderen Bundesländer und damit für die Entwicklungsgeschichte der deutschen Einigung erlangt hat. Da ist zunächst zu beachten, daß die preussischen Grenzölle nicht etwa als Wertölle, sondern als Gewichtölle erhoben wurden. Darin lag

Nachdem die Regierungsvertreter eine Gewichtsgrenze von 2000 M. ebenfalls als unannehmbar und die Erhöhung der Entschädigung auf 50 Proz. des Gehalts als sehr bedenklich begründet hatten, wurde die Sitzung abgebrochen, damit erst einmal die Parteien zu den Vordrängen Stellung nehmen können. — Die sozialdemokratischen Mitglieder verlangten, daß trotz der Regierungserklärungen die Kommission schnell, möglichst durch tägliche Sitzungen, den Abschluß der zweiten Lesung herbeiführen müsse, um das Gesetz im Reichstage vor Schluß dieser Session noch zu verabschieden.

Blutige Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizisten in Krefeld.

In Krefeld ist es zu blutigen Zusammenstößen der Polizei mit den Streikenden gekommen. Nach einer von Tausenden besetzten Versammlung am Dienstag forderte die Polizei in der bekannten Weise die auf dem Heimwege befindlichen Arbeiter auf, schneller zu laufen. Da bei der großen Zahl der Menschen sich die Masse nicht in dem von der Polizei gewünschten Tempo vorwärtsbewegen konnte, gab es die üblichen, bei der Polizei beliebten Stöße und Prügeleien. Die Versuche des Zentralvorstandesmitglied Kessel, die Polizei zu beruhigen, brachten Kessel gleichfalls heftige polizeiliche Zurückweisungen ein. Als die Sache schließlich schon beigelegt schien und die Massen sich verlaufen hatten, rüßte aus einem nahen befestigten Gebäude eine Abteilung der Polizei auf die Arbeiter vor. Ein Arbeiter, der einen Polizisten vom Schlägen abhalten wollte, bekam zehn Hiebe mit dem Säbel und stürzte auf der Straße zusammen. Die alte Mutter des Verletzten wollte ihren Sohn wegziehen. Ein Polizist schlug die alte Frau mit dem Säbel, so daß sie eine blutende Wunde am Arm davontrug. Als sie trotzdem blieb, um ihren Sohn vor weiteren Schlägen zu schützen, packte sie ein Polizist und schrauberte sie zur Erde. Der Vater des Verletzten, der gleichfalls hinzukam, um Mutter und Sohn vor der Polizeiwillkür zu retten — deilätig bemerkt, ist der Vater ein 65 Jahre alter Javalid — erhielt gleichfalls Schläge mit dem Säbel über den Rücken und wurde auf die Erde geworfen. Dann ließen die Polizisten von dem Arbeiter ab und wandten sich anderen, das Weges kommenden Arbeitern zu. Eine Verhinderung beim Oberbürgermeister gegen diese Übergriffe der Polizei wurde zurückgewiesen. Der Oberbürgermeister antwortete, die Beamten handelten den Vorschriften des Gesetzes entsprechend. Wer da glaube, daß ihm Unrecht geschähe, müße sich beschweren. Es würden dann die Gerichte und die höheren Instanzen entscheiden.

Reichmann hat nicht gedroht!

Durch die Wähler ging längst eine Mitteilung, wonach der Kandidat Herr Wasserhann gegenüber die Auflösung an die Wand gemalt haben sollte. Der nationalliberale Parteienkaplan dementiert jetzt diese Meldung in einer Zuschrift an das Berliner Tageblatt. Es ist also nicht wahr an der Geschichte und das deutsche Volk kann ruhig schlafen — Reichmann hat sich nicht aufgeregt.

Auf der Suche nach dem Reichsmann des „Matin“ in der schlaglichtartigen Regierung.

Nachdem bereits in vergangener Woche wegen Veröffentlichung der schlaglichtartigen Annahmen geigte in „Matin“ zwei Unterbeamte erdlich vernommen worden sind, wurde am Mittwoch nun auch der Straßburger Vertreter des „Matin“ vernommen. Der „Matin“-Korrespondent verweigerte jede Aussage, weshalb ihn das Gericht einseitigen wegen Zeugniserweigerung in eine Strafe von 30 M. nahm; außerdem wurden ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt. Auch der Korrespondent der Frankfurter Zeitung wurde längere Zeit verhört. Auch er verweigerte jede Aussage; eine Strafe wurde ihm jedoch nicht auferlegt. Die Suche wurde dann bis Freitag vertagt, da nach Ansicht des Untersuchungsrichters Konstat vorhanden ist, so wie neues Material zu erhalten, daß die Feststellung des Vermittelers erfolgen könne.

Ein Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Schundliteratur wird.

Die Reichstagskommission hat einen Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Schundliteratur in Vorbereitung. Es handelt sich darum, Bestimmungen zu treffen, die im wesentlichen eine Ergänzung der §§ 68 und 42a der Gewerbeordnung herbeiführen. Es soll durch angelegte Bestimmungen sichergestellt werden, daß nicht nur die Verlage und der Verkauf der Schundliteratur im Umlaufgebiet ausgeschlossen ist und daß sie auf öffentlichen Plätzen und Straßen nicht selbsten werden. Vorüber bereits die Gewerbeordnung Bestimmungen enthält, sondern es soll auch eine Ausbreitung derartiger Erzeugnisse in den Schulen und Läden verboten werden.

Die Faktionen des preussischen Dreiklassenparlamentes.

Nach dem letzten herausgegebenen Verzeichnis der Mitglieder und der Faktionen des preussischen Abgeordnetenhauses zählt die konervative Partei 147 Mitglieder, darunter 16 Mitglieder des Reichstages, die freikonserervative 64 (4), die nationalliberale 78 (2), die fortschrittliche Sozialpartei 40 (6), die Zentrumspartei 108 (14), die Polen 12 (3), die Sozialdemokraten 10 (1). Dazu kommen noch der Linauer

Schluß. Es ist nicht so daß Preußen die an sich plumpere Art der Gewichtölle deswegen eingeführt hätte, weil die Ausarbeitung eines Wertöllesystems und die Erhebung nach einem Wertölle auf so ungleichmäßig geartet worden. Wie ist in Preußen durchzuführen die Umstellung der Gewichtölle enthält eine sehr wichtige und mittelbedeutende Fäden an den Bundesrat (die gegenseitige Rücksicht des deutschen Bundes). Da heißt es heißt konstatiert:

„Nach allem diesen erlauben wir uns, der Veranlassung zu dieser unserer unterthänigsten Vorstellung, nämlich der neuen preussischen Zollordnung, Erwähnung zu tun. Dieses Zollgesetz hat, wie wir müssen es offen gestehen, und, wie ganz Deutschland, im ersten Augenblick, nicht sowohl gegen den Handel mit Frankreich und England, als gegen den Handel mit Deutschland gerichtet zu sein. Die Zollsätze sind nach dem Gewichte angesetzt. Da nun die ausländischen Nationen mit Preußen meistens nur in seinen Waren verkehren, während die benachbarten deutschen Staaten, deren keine Forderungen durch die englische Industrie bereits gelöst ist, meistens nur größerer, sehr ins Gewicht fallende Artikel dahin abgeben, so beträgt der Zoll, welchen fremde Nationen bezahlen, nur etwa 6 Prozent, während die deutschen Kaufmann meistens 25 bis 30 Prozent, ja sogar öfters bis 50 entrichten müssen, was eben so gut ist als ein förmliches Verbot...“

Die Sache ist klar. Wo von seinen, letzten und teuren Preisfabrikaten wie vom schweren, billigen Rohstoffen gleichmäßig nur ein Gewichtszoll erhoben wurde, da zahlten die schweren und billigen Waren im Verhältnis — vom Hundert der Preisfabrikaten — viel mehr als die feinen, letzten und teuren Preisfabrikate. Eben diese Wirkung war von den preussischen Finanzpolitikern beabsichtigt. Sie wollten die deutschen Kaufmann auf diesem Wege des Zollpolitischen Drucks zwingen, sich Preußen anzuschließen.

Dieselbe Absicht verfolgte die preussische Zollordnung mit ihrem Durchgangszollsystem. Die Durchgangszölle waren so hart, daß die außerpreussischen deutschen Händler fast keine andere Möglichkeit mehr hatten als die, einen deutschen Zollverein ins Auge zu fassen, in dem Preußen die Vorherrschaft hätte. Die bereits erwähnte Eingabe der sächsisch-mitteldeutschen Händler an den Bundesrat trug diesen Gedanken

Harzer Bazar, der kirchlich-soziale Abgeordnete Bismarck und die beiden Dänen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Demonstrationen in Wien.

Wien, 12. Juni. Die Teilnehmerinnen an der internationalen Stimmrechtskonferenz veranstalteten eine Demonstration vor dem Parlament. In 48 Automobilen fuhren sie vor und enthielten eine Deputation zu den Abgeordneten der verschiedenen Parteien und zu dem Abgeordnetenhaus bereits beschlossenen Vereinigungen, in denen auch durch das Recht zur Bildung politischer Vereine gedrängt wird. Die Abgeordneten der verschiedenen Parteien sprachen ihre Sympathien für die Bewegung aus und der Ministerpräsident versprach, seinen ganzen Einfluß einzusetzen, um eine beschleunigte Erledigung der Vorlage zu erreichen.

Das Ministerium Tisza.

Budapest, 12. Juni. Die Verfertigung des neuen Ministeriums geschah heute in Abwesenheit der Opposition. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Abgeordneten Beisitz hielt Graf Tisza unter lausender Hölle eine längere Rede, in der er u. a. erklärte, daß das neue, aus den alten Mitgliedern bestehende Kabinett im Dienste derselben politischen Prinzipien stehe, die das bisherige Kabinett sein eigen nennen. Sämtliche Verhandlungen, die das bisherige Kabinett eingeleitet hat, wären auch für das neue Kabinett bindend.

Holland.

Provinzialwahlen.

Wahlen für die Provinzialvertretungen. Am Dienstag fand die erste Wahl in der Provinz Overijssel statt. Sie brachte mehrere Parteien einen großen Stimmenzuwachs, der zu den schönsten Hoffnungen für die Provinzialwahlen berechtigt. So fügen unsere Hoffnungen im Wahlkreis Enschede seit drei Jahren von 3072 auf 4722, im Wahlkreis Almelo von 926 auf 1843, im Wahlkreis Zwolle von 421 auf 1102. In den Kreisen Deventer und Oldenzaal, wo vor 1910 noch zu rechnen waren, um Kandidaten anzustellen, ergibt die Partei jetzt 703 und 539 Stimmen. Am Donnerstag finden die Provinzialwahlen in Friesland statt, am Freitag in den Provinzen Nord- und Süd-Holland, Gelderland, Groningen, Utrecht usw.

Norwegen.

Abschaffung des künftigen Votums.

Christiania, 12. Juni. Der Storting nahm mit 80 gegen 11 Stimmen einen Gesetzentwurf an, wodurch das Votum des künftigen abgeschafft wird. Zutünftig hat also der König unter jedes Gesetz, welches vom Parlamente angenommen wird, seinen Namen zu setzen. Verweigert er die Unterschrift, so tritt das Gesetz ohne dieselbe in Kraft.

Türkei.

Die Ermordung des Großwesirs.

Konstantinopel, 12. Juni. Die Polizei nimmt fortgesetzt Verhandlungen solcher Personen vor, welche im Verdachte stehen, den Komplott gegen Mahmud Scherif angehörit zu haben. Unter den Verhafteten befindet sich auch einer der Würdiger des Großwesirs, namens Kadi. Es scheint sich zu bestätigen, daß das Kabinett sich an dem Komplott beteiligt habe. Gewisse Kreise wollten bereits seit mehreren Tagen gerücht haben, daß ein Anschlag sogar unter Anwendung von Bomben zu erwarten sei. Auf der bei dem gelegenen Anklage Aktiven soll eine Offiziersversammlung stattgefunden haben. Auch die Anführung des Kommandanten der Armee von Nischabul, Kasim Pascha, der die Führung der Militäraktion übernommen hat, wird mit dem Anschlag in Zusammenhang gebracht. Seit mehreren Tagen zirkulieren Proklamationen, die gegen die Regierung gerichtet sind. Die Militärkräfte hat an die Offiziere die Forderung gestellt, worin die Neutralität unter den gegebenen Verhältnissen als unvollständig bezeichnet wird. Der Leiter der politischen Polizei unter dem früheren Kabinett, Nuchig Wen, der jüngst verhaftet wurde, soll ein Geständnis über einen bevorstehenden Aufschlag gemacht haben.

Der Würdiger Mahmud, Topal Tezvil, soll 28 Jahre alt und von höchster, seltener Gestalt sein. Er ist lemerzeit wegen Ermordung eines Hofbeamten verurteilt und nach mehrjähriger Kerkerhaft begnadigt worden. Es wird erzählt, Topal Tezvil habe auf der Fahrt nach der Nordost auf die ihn verfolgenden Bediuten geschossen und sich dann in einem in der Nähe befindlichen Hotel versteckt. Hier wurde er in einem Akt entdeckt, wo er gleiche Patronen ausgehoben hätte, wie die Patronen, von denen der Großwesir getroffen wurde. In der Hotelkammer und unter der Krippe wurden zwei Revolver und ein Messer gefunden. Topal Tezvil stellte jede Täterschaft in Abrede, wurde aber von einer türkischen Frau als einer derjenigen erkannt, die auf den Großwesir Schüsse abgegeben haben. Auf dem Transport nach

in aller Deutlichkeit aus. Da diese Eingabe in ihrer ganzen Haltung, die in der Hauptsache auf die Arbeit des damaligen künftigen Professors Friedrich List zurückgeht, ein Dokument von der größten geschichtlichen Bedeutung ist, soll hier — zumal da von diesem Dokument fast nie die Rede ist — nicht bloß dieser einzelne Gedanke, sondern ein größeres Ganzes des Wortlaut mitgeteilt werden. Es heißt in dem Dokument (nach dem Wortlaut der Neuen Ephemere Zeitung vom 20. April 1819):

„Die zur Sache in Frankfurt am Main versammelten deutschen Kaufleute und Fabrikanten haben dem Bundesrat eine Wünsche um Handelsfreiheit im Innern von ganz Deutschland überreicht, worin sehr ernste Gedanken recht bezeichnend angedrückt sind. Hier einige Stellen; mögen sie wirken!

„Umgerichtet von englischen, französischen, niederländischen Dänen, hat Deutschland als Gesamtstaat nichts, was jene nützlichen könne, zur allgemeinen Handelsfreiheit, durch welche Europa allen den höchsten Grad der Zivilisation erreichen kann, die Hände zu bieten; dagegen beschließen aber die Deutschen sich selbst um so mehr. Nicht unbedenklich Zoll- und Wauzh-Vörden in Deutschland können den Verkehr im Innern, und bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in ein anderes überfließt. Um von Hamburg nach Oesterreich von Berlin in die Schweiz zu handeln, hat man jetzt Staaten zu durchschneiden, zehn Zoll- und Wauzh-Erdnungen zu überwinden, zehn Mal Durchgangszoll zu bezahlen; wer aber das Unglück hat, auf einer Straße zu wohnen, wo drei oder vier Staaten zusammenstoßen, der verliert sein ganzes Leben mitten unter schnell gefahrenen Zöllnern und Wauzhvörden; der hat kein Vaterland. Erhöhtlich ist dieser Zustand nicht für Käufer, welche wirken und handeln möchten; mit neidischen Wänden sehen sie hindern aber den Rhein, was ein großes Volk von dem Kanal bis an das mittelländische Meer, dem Rhein bis an die Pyrenäen, von der Rönne Hollands bis Italien auf freien Flüssen und offenen Landwegen Handel treibt, ohne einen Wauzhvörder zu begegnen. Zoll und Wauzh können wie der Krieg mit als Verteidigung gerechtfertigt werden. Es kleiner aber der Handel ist, welcher eine Wauzh errichtet, desto größer das Uebel, desto mehr löngt sie die Mangelkeit des Volkes, desto größer die Wachstumsbedürfnisse“